

165/ME

**REPUBLIK ÖSTERREICH**
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

BMJ-B10.080/0001-I 3/2008

An das
Präsidium des Nationalrats
Parlament
1017 WienMuseumstraße 7
1070 WienBriefanschrift
1016 Wien, Postfach 63e-mail
kzl.b@bmj.gv.atTelefon Telefax
(01) 52152-0* (01) 52152 2829Sachbearbeiter(in): Mag. Ursula Scheuer
*Durchwahl: 2115

Betrifft: Entwurf eines Bundesgesetzes über die Errichtung einer
Justizbetreuungsagentur (Justizbetreuungsagenturgesetz – JBA-G).
Begutachtungsverfahren.

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, den Entwurf eines Bundesgesetzes
über die Errichtung einer Justizbetreuungsagentur (Justizbetreuungsagenturgesetz –
JBA-G) samt Erläuterungen mit dem Ersuchen um Kenntnisnahme zu übermitteln.

Die im Begutachtungsverfahren befassten Stellen wurden um Stellungnahme bis

20. März 2008

ersucht.

20. Februar 2008
Für die Bundesministerin:
Dr. Georg KATHREINElektronisch gefertigt



BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

Entwurf eines Justizbetreuungsagenturgesetzes

BMJ-B10.080/0001-I 3/2008

Justizbetreuungsagenturgesetz – JBA-G

Entwurf**Bundesgesetz, mit dem ein Gesetz über die Errichtung der Justizbetreuungsagentur (Justizbetreuungsagenturgesetz – JBA-G) erlassen wird**

Der Nationalrat hat beschlossen:

**Bundesgesetz über die Errichtung einer Justizbetreuungsagentur
(Justizbetreuungsagenturgesetz – JBA-G)****1. Abschnitt****Errichtung****Errichtung**

§ 1. (1) Zur Besorgung von Betreuungsaufgaben im Straf- und Maßnahmenvollzug im Sinn des Strafvollzugsgesetzes wird eine Justizbetreuungsagentur als Anstalt öffentlichen Rechts errichtet.

(2) Die Justizbetreuungsagentur hat ihren Sitz in Wien und kann bei Bedarf Außenstellen einrichten. Sie ist berechtigt das Bundeswappen zu führen.

(3) Die Justizbetreuungsagentur ist von ihrem/ihrer Geschäftsführer/in unverzüglich mit Stichtag des Inkraft-Tretens dieses Bundesgesetzes beim Handelsgericht Wien zur Eintragung in das Firmenbuch mit der Firma „Justizbetreuungsagentur“ anzumelden. § 3 des Firmenbuchgesetzes, BGBl. Nr. 10/1991, ist anzuwenden.

(4) Als Geschäftszweig (§ 3 Abs. 1 Z 5 FBG) ist die im § 2 Abs. 1 beschriebene Aufgabe der Justizbetreuungsagentur einzutragen. Weiters ist der Tag der Einreichung des Jahresabschlusses sowie der Abschlussstichtag einzutragen.

(5) Eine Außenstelle ist nicht als Zweigniederlassung im Firmenbuch einzutragen.

(6) Die Justizbetreuungsagentur ist nicht auf Gewinn ausgerichtet. Das Geschäftsjahr der Justizbetreuungsagentur ist das Kalenderjahr.

2. Abschnitt**Aufgabe****Aufgabe**

§ 2. (1) Aufgabe der Justizbetreuungsagentur ist die Versorgung der Justizanstalten mit Betreuungspersonal, und zwar insbesondere mit psychologischem, sozialarbeiterischem, therapeutischem, pädagogischem, medizinischem und pflegerischem Personal zur Betreuung von Insassen in Justizanstalten. Sie ist berechtigt, hierfür eigenes Personal anzustellen oder in anderer Weise vertraglich zu verpflichten.

(2) Zu dieser Aufgabe zählt insbesondere die Bereitstellung von Personal für die

1. psychotherapeutische Versorgung;

2. soziale Betreuung der Insassen von Justizanstalten mit Schwerpunkt Entlassungsvollzug, Ausgleich von Defiziten in Ausbildung und Persönlichkeitsbildung sowie im individuellen materiellen Bereich;

3. psychologische Betreuung (so etwa Krisenintervention, Erstellung von Gutachten, Förderprogramme, Therapiemanagement);

4. arbeitstherapeutische Betreuung der Insassen;

5. medizinische Versorgung (einschließlich des Pflegediensts nach dem Gesundheits- und Krankenpflegegesetz).

(3) Die Leitung und der Exekutivdienst der Justizanstalten werden von Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes wahrgenommen.

(4) Für die Aufgabe gemäß Abs. 1 besteht Betriebspflicht. Die Justizbetreuungsagentur ist zur Annahme von Aufträgen gemäß Abs. 1 verpflichtet und hat diese in wirtschaftlich vertretbarem Zeitraum auszuführen. Die Bundesministerin für Justiz schließt mit der Justizbetreuungsagentur eine Rahmenvereinbarung ab, in der Art und Weise der Erfüllung dieser Aufgabe näher bestimmt und Grundsätze für das zu leistende Entgelt festgelegt werden.

(5) Die Justizbetreuungsagentur ist berechtigt, weitere Aufgaben vom Bundesministerium für Justiz aufgrund gesonderter Vereinbarungen zu übernehmen, wenn diese mit Aufgaben des Strafvollzugs in Zusammenhang stehen, nicht unter Abs. 3 fallen sowie die rechtzeitige und ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Abs. 1 nicht beeinträchtigen.

(6) Die Justizbetreuungsagentur ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die zur Erreichung des Anstaltszwecks notwendig und nützlich erscheinen, sofern hierdurch die rechtzeitige und ordnungsgemäße Wahrnehmung der Aufgabe gemäß Abs. 1 nicht beeinträchtigt wird.

(7) Die Tätigkeiten der Justizbetreuungsagentur aufgrund dieses Bundesgesetzes unterliegen nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung 1994, BGBl. Nr. 194/1994.

(8) Die Justizbetreuungsagentur ist verpflichtet, für die erforderliche Ausbildung des eingesetzten Personals zu sorgen. Zu diesem Zweck können Veranstaltungen der Strafvollzugsakademie in Anspruch genommen werden.

(9) Auf Personal, das Justizanstalten von der Justizbetreuungsagentur überlassen wird, findet § 35 Abs. 2 Z 1 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, BGBl. Nr. 108/1997, keine Anwendung.

Entgeltlichkeit der Leistungen

§ 3. (1) Die Justizbetreuungsagentur erbringt ihre Leistungen gegen Entgelt. Die Grundsätze zur Ermittlung und Verrechnung des Entgelts sind in der Rahmenvereinbarung gemäß § 2 Abs. 4 festzulegen.

(2) Der Bund finanziert und ersetzt entsprechend dem Bedarf Aufwendungen und Investitionen im Rahmen der Errichtung der Justizbetreuungsagentur im Gesamtausmaß von bis zu Euro 320.000 (einmalige Gründungs- und Vorlaufkosten). Weiters leistet der Bund zur Darstellung eines Anstaltskapitals eine Bareinlage in Höhe von Euro 35.000.

(3) Eine Finanzierung der Aufgaben gemäß § 2 Abs. 5 durch Mittel aus den Aufgaben gemäß § 2 Abs. 1 ist unzulässig.

(4) Soweit für den Betrieb und eine angemessene Kapitalausstattung der Anstalt erforderlich, wird die Bundesministerin für Justiz ermächtigt, sonstiges Zubehör und damit zusammenhängende Forderungen und Verbindlichkeiten in die Anstalt einzubringen.

Grundsätze der Aufgabenerfüllung

§ 4. Die Justizbetreuungsagentur stellt Personal für die Betreuung der Insassen in Justizanstalten nach den anerkannten Methoden der Sozialarbeit, Psychiatrie, Psychotherapie, Psychologie, Pädagogik, Medizin und Pflege zur Verfügung. Dabei hat sie die Erreichung der Vollzugszwecke nach dem Strafvollzugsgesetz und die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in den Justizanstalten bestmöglich zu unterstützen.

3. Abschnitt

Haftung

Haftung

§ 5. (1) Für den von Organen oder Dienstnehmern/innen der Justizbetreuungsagentur oder von anderen Personen im Auftrag der Justizbetreuungsagentur auf Grund dieses Gesetzes in Wahrnehmung ihrer Aufgabe gemäß § 2 Abs. 1 wem immer schuldhaft zugefügten Schaden haftet der Bund nach den Bestimmungen des Amtshaftungsgesetzes, BGBl. Nr. 20/1949. Der Bund hat in diesem Fall der Justizbetreuungsagentur und die Justizbetreuungsagentur ihrerseits demjenigen, den sie für den Rückersatzanspruch für haftbar erachtet, den Streit zu verkünden (§ 21 der Zivilprozessordnung RGBI. Nr. 113/1895); diese können dem Rechtsstreit als Nebenintervenienten beitreten (§ 17 der Zivilprozessordnung). Die Justizbetreuungsagentur und derjenige, der den Schaden zugefügt hat, haften dem Geschädigten nicht.

(2) Hat der Bund dem Geschädigten gemäß Abs. 1 den Schaden ersetzt, so kann er von der Justizbetreuungsagentur in vollem Umfang Rückersatz begehren, wenn dieser Schaden von Organen oder Dienstnehmern/innen der Justizbetreuungsagentur oder von anderen Personen im Auftrag der Justizbetreuungsagentur vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt wurde.

(3) Hat die Justizbetreuungsagentur gemäß Abs. 2 Rückersatz geleistet, so ist sie berechtigt, nach Maßgabe der §§ 3, 5 und des § 6 Abs. 2 des Amtshaftungsgesetzes, von demjenigen, den sie für den Rückersatzanspruch für haftbar erachtet, Rückersatz zu fordern. In diesem Verfahren sind die zum Rückersatz herangezogenen Personen von der Verschwiegenheitspflicht befreit.

(4) Für die von Organen oder Dienstnehmern/innen der Justizbetreuungsagentur oder von anderen Personen im Auftrag der Justizbetreuungsagentur in Wahrnehmung ihrer Aufgaben dem Bund schuldhaft unmittelbar zugefügten Schäden haftet die Justizbetreuungsagentur dem Bund nach den Bestimmungen des Organhaftpflichtgesetzes, BGBl. Nr. 181/1967, mit der Maßgabe, dass das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz nicht anwendbar ist und die zur Haftung herangezogenen Personen von der Verschwiegenheitspflicht befreit sind.

(5) Hat die Justizbetreuungsagentur Schadenersatzleistungen an den Bund gemäß Abs. 4 erbracht, so ist sie berechtigt, nach Maßgabe des § 1, § 2 Abs. 2 und des § 3 des Organhaftpflichtgesetzes Rückersatz von den betroffenen Personen zu verlangen. Der Rückersatzanspruch verjährt in sechs Monaten nach Ablauf des Tages, an dem die Justizbetreuungsagentur den Ersatzanspruch gegenüber dem Bund anerkannt hat oder rechtskräftig zum Ersatz verurteilt worden ist. In diesem Verfahren sind die zum Rückersatz herangezogenen Personen von der Verschwiegenheitspflicht befreit.

4. Abschnitt Organisation

Organe

§ 6. Die Organe der Justizbetreuungsagentur sind:

1. Geschäftsführerin oder Geschäftsführer (im Folgenden: Geschäftsführung);
2. Aufsichtsrat.

Bestellung, Abberufung und Rücktritt der Geschäftsführung

§ 7. (1) Für die Justizbetreuungsagentur ist eine Geschäftsführerin oder ein Geschäftsführer zu bestellen. Die Bestellung von Prokuristen durch die Geschäftsführung ist zulässig und bedarf der Zustimmung durch den Aufsichtsrat.

(2) Auf die Bestellung der Geschäftsführung findet das Stellenbesetzungsgesetz, BGBl. I 26/1998, Anwendung. Sie ist durch die Bundesministerin für Justiz auf die Dauer von bis zu fünf Jahren zu bestellen. Die Bundesministerin für Justiz wird ermächtigt für die Dauer des ersten Geschäftsjahrs eine interimistische Geschäftsführung zu bestellen. Das Stellenbesetzungsgesetz ist auf diese interimistische Bestellung nicht anzuwenden.

(3) Die Bestellung der Geschäftsführung kann unbeschadet der Ansprüche aus bestehenden Verträgen durch die Bundesministerin für Justiz aus wichtigen Gründen jederzeit widerrufen werden.

(4) Geht eine/ein Bedienstete/r des Bundes als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer ein befristetes Dienstverhältnis mit der Justizbetreuungsagentur ein, so ist sie/er für die Dauer dieses Dienstverhältnisses gegen Entfall der Bezüge beurlaubt. Die Beurlaubung einer/s Bediensteten aus diesem Grund darf insgesamt zehn Jahre nicht überschreiten.

(5) Die Geschäftsführung kann unbeschadet der Ansprüche der Justizbetreuungsagentur aus bestehenden Verträgen ihren Rücktritt gegenüber der Bundesministerin für Justiz erklären. Liegt ein wichtiger Grund hierfür vor, kann der Rücktritt mit sofortiger Wirkung erklärt werden, sonst wird der Rücktritt erst nach Ablauf von 30 Tagen wirksam. Vom Rücktritt ist die/der Vorsitzende des Aufsichtsrats zu verständigen.

(6) Die Bundesministerin für Justiz kann ein Mitglied des Aufsichtsrats für den Zeitraum einer Vakanz der Funktion der Geschäftsführung (Abs. 3 und 5) mit der Vertretung der Justizbetreuungsagentur bis zur Bestellung einer neuen Geschäftsführung beauftragen. In dieser Zeit darf das betroffene Mitglied des Aufsichtsrats seine Tätigkeit als Mitglied des Aufsichtsrats nicht ausüben.

Aufgaben der Geschäftsführung

§ 8. (1) Der Geschäftsführung obliegt die Leitung der Justizbetreuungsagentur. Sie hat dabei die Sorgfaltspflichten eines ordentlichen Unternehmers anzuwenden und Grundsätze guter Unternehmensführung zu beachten.

(2) Die Geschäftsführung, die ihre Obliegenheiten verletzt, haftet der Justizbetreuungsagentur für den daraus entstandenen Schaden.

(3) Die Geschäftsführung hat dafür zu sorgen, dass ein Rechnungswesen und ein internes Kontrollsystem geführt werden, die den Anforderungen der Justizbetreuungsagentur entsprechen. Im Rechnungswesen sind die gemäß § 2 Abs. 1 und 5 erbrachten Leistungen in getrennten Rechnungskreisen darzustellen und die Kosten der Geschäftsführung und deren Mitarbeiter/innen gesondert auszuweisen.

(4) Es ist eine Geschäftsordnung festzulegen, die der Genehmigung des Aufsichtsrats bedarf. Diese hat insbesondere vorzusehen:

1. Festlegung und Änderung der inneren Organisation der Justizbetreuungsagentur (Geschäftsverteilung);
2. Regelungen für die Vertretung der Geschäftsführung;
3. Durchführung von Personalmaßnahmen bei leitenden Angestellten der Justizbetreuungsagentur;
4. Aufnahme von leitenden Angestellten.

(5) Die Geschäftsführung hat innerhalb von sechs Monaten ab Bestellung ein Geschäftsführungskonzept zu erstellen, das insbesondere einen Investitionsplan sowie die Jahresbudgets für das erste Geschäftsjahr und das darauffolgende Geschäftsjahr zu enthalten hat, und nach Prüfung durch den Aufsichtsrat der Bundesministerin für Justiz zur Genehmigung vorzulegen.

(6) Ein/eine ehemalige/r Geschäftsführer/in ist der Justizbetreuungsagentur gegenüber für die Dauer von fünf Jahren nach Beendigung seiner/ihrer Funktion verpflichtet, Auskunft über seine/ihre Geschäftsführung sowie die Geschäfte und Vermögenswerte der Justizbetreuungsagentur zu geben.

Budget

§ 9. (1) Die Geschäftsführung hat jährlich bis Ende Oktober für das nächste Kalenderjahr das Jahresbudget nach Prüfung durch den Aufsichtsrat der Bundesministerin für Justiz zur Genehmigung vorzulegen.

(2) Die Jahresbudgets sind unter Beachtung der Prinzipien der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit sowie unter Berücksichtigung aller möglichen Rationalisierungspotentiale zu erstellen. Sie haben insbesondere die der Justizbetreuungsagentur zugrundeliegende Organisation einschließlich der Pläne für den Personal- und Sachmitteleinsatz, für die Investitionsvorhaben und für die Finanzierung zu enthalten.

(3) Für das erste Geschäftsjahr hat die Bundesministerin für Justiz ein provisorisches Jahresbudget zu erstellen. Dieses gilt bis zur Genehmigung der Budgets gemäß § 8 Abs. 5.

Berichtspflichten der Geschäftsführung

§ 10. (1) Die Geschäftsführung hat dem Aufsichtsrat mindestens einmal jährlich über grundsätzliche Fragen der Tätigkeit der Justizbetreuungsagentur zu berichten (Jahresbericht) sowie die künftige Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anhand einer Vorscheurechnung für die drei folgenden Jahre darzustellen. Weiters hat sie dem Aufsichtsrat mindestens vierteljährlich über den Gang der Geschäfte und die Lage der Justizbetreuungsagentur zu berichten (Quartalsbericht). Bei wichtigem Anlass ist dem/der Vorsitzenden des Aufsichtsrats unverzüglich zu berichten; ferner ist über Umstände, die für die Liquidität der Justizbetreuungsagentur von erheblicher Bedeutung sind, dem Aufsichtsrat unverzüglich zu berichten (Sonderbericht).

(2) Der Jahresbericht und die Quartalsberichte sind schriftlich zu erstatten und auf Verlangen des Aufsichtsrats mündlich zu erläutern; sie sind jedem Aufsichtsratsmitglied auszuhändigen. Sonderberichte sind schriftlich oder mündlich zu erstatten, im Fall der Mündlichkeit ist dem Aufsichtsrat ein schriftlicher Bericht nachzureichen.

Planungs- und Berichtssystem

§ 11. (1) Die Geschäftsführung hat für die Einrichtung eines Planungs- und Berichtssystems zu sorgen, das die Erfüllung seiner Berichterstattungspflichten nach den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben der Bundesministerin für Justiz hinsichtlich der Durchführung eines Beteiligungs- und Finanzcontrollings gewährleistet.

(2) Im Geschäftsführungskonzept gemäß § 8 Abs. 5, in den Jahresbudgets gemäß § 9 Abs. 1, in den gemäß § 10 Abs. 1 von der Geschäftsführung dem Aufsichtsrat zu erstattenden Berichten, im Planungs- und Berichtssystem gemäß Abs. 1 sowie im Rechnungswesen der Justizbetreuungsagentur sind jedenfalls die gesetzlichen Aufgaben gemäß § 2 Abs. 1 sowie die sonstigen Leistungen gemäß § 2 Abs. 5 in getrennten Rechnungskreisen darzustellen.

Vertretung der Justizbetreuungsagentur

§ 12. (1) Die Justizbetreuungsagentur wird in allen Angelegenheiten durch die Geschäftsführung vertreten. Die Justizbetreuungsagentur wird durch die von ihr in ihrem Namen geschlossenen Rechtsgeschäfte berechtigt und verpflichtet; es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Justizbetreuungsagentur geschlossen worden ist oder ob die Umstände ergeben, dass es nach dem Willen der Beteiligten für die Justizbetreuungsagentur geschlossen werden sollte. Die Geschäftsführung ist mit Zustimmung des Aufsichtsrats ermächtigt, geeignete Bedienstete für bestimmte Angelegenheiten der Justizbetreuungsagentur gemäß § 54 des Unternehmensgesetzbuches zu bevollmächtigen.

(2) Die Geschäftsführung ist der Justizbetreuungsagentur gegenüber verpflichtet, alle Beschränkungen einzuhalten, die in diesem Gesetz oder in einer verbindlichen Anordnung des Aufsichtsrats oder der Bundesministerin für Justiz für den Umfang ihrer Befugnis, die Justizbetreuungsagentur zu vertreten, festgesetzt sind.

(3) Gegen dritte Personen hat eine Beschränkung der Vertretungsbefugnis gemäß Abs. 2 keine rechtliche Wirkung. Dies gilt insbesondere für den Fall, dass die Vertretung sich nur auf gewisse Geschäfte oder Arten von Geschäften erstreckt oder nur unter gewissen Umständen oder für eine gewisse Zeit oder an einzelnen Orten stattfinden soll, oder dass die Zustimmung des Aufsichtsrats für einzelne Geschäfte gefordert wird.

(4) Die Geschäftsführung sowie das Erlöschen sind ohne Verzug zum Firmenbuch anzumelden. Der Anmeldung ist der Nachweis der Bestellung in schriftlicher Form beizufügen. Das Erlöschen der Vertretungsbefugnis kann auch von der abberufenen oder zurückgetretenen Geschäftsführung unter Bescheinigung der Abberufung oder des Zugangs der Rücktrittserklärung zur Eintragung in das Firmenbuch angemeldet werden. Eine neue Geschäftsführung hat ihre Unterschrift vor dem Gericht zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form vorzulegen. Ist eine Person als Geschäftsführerin oder Geschäftsführer eingetragen oder bekanntgemacht, so kann ein Mangel ihrer Bestellung einem Dritten nur entgegengehalten werden, wenn der Mangel diesem bekannt war.

(5) Die Zeichnung von Willenserklärungen für die Justizbetreuungsagentur geschieht in der Weise, dass die Zeichnenden zu dem Namen der Justizbetreuungsagentur ihre Unterschrift hinzufügen. Ein Prokurist hat seiner Unterschrift einen die Prokura andeutenden Zusatz beizufügen. Ein Handlungsbevollmächtigter hat seiner Unterschrift einen die Handlungsvollmacht andeutenden Zusatz beizufügen.

(6) Die Abgabe einer Erklärung und die Zustellung von Vorladungen und andere Zustellungen an die Justizbetreuungsagentur können mit rechtlicher Wirkung an jede Person, die zu zeichnen oder mitzuzeichnen befugt ist, erfolgen.

Erstellung und Prüfung des Jahresabschlusses

§ 13. (1) Unter sinngemäßer Anwendung der §§ 189 bis 243 des Unternehmensgesetzbuchs ist ein Jahresabschluss zu erstellen; dafür ist die Justizbetreuungsagentur wie eine kleine Kapitalgesellschaft im Sinn des § 221 Abs. 1 UGB zu behandeln. Die Geschäftsführung hat den Jahresabschluss unverzüglich dem Abschlussprüfer (Abs. 2) vorzulegen.

(2) Der Abschlussprüfer ist für jedes Geschäftsjahr über Vorschlag des Aufsichtsrats durch die Bundesminister für Justiz zu bestellen. Er hat den Jahresabschluss unter sinngemäßer Anwendung der §§ 268 bis 276 UGB zu prüfen und dem Aufsichtsrat zur Prüfung vorzulegen.

(3) Der von der Bundesministerin für Justiz festgestellte Jahresabschluss ist in den Bundesrechnungsabschluss aufzunehmen (§ 98 Abs. 2 Z 5 BHG) und in ungekürzter Form beim Firmenbuch einzureichen; § 278 Abs. 1 erster Satz UGB ist anzuwenden.

Aufsichtsrat

§ 14. (1) Der Aufsichtsrat setzt sich wie folgt zusammen:

1. vier Mitglieder werden von der Bundesministerin für Justiz bestellt;
2. zusätzlich wird eine entsprechende Anzahl von Mitgliedern gemäß § 110 des Arbeitsverfassungsgesetzes, BGBl. Nr. 22/1974, vom Betriebsrat entsandt.

(2) Die Mitglieder des Aufsichtsrats gemäß Abs. 1 Z 1 werden für die Funktionsdauer des Aufsichtsrats von fünf Jahren bestellt beziehungsweise entsandt. Die Funktionsperiode beginnt mit dem ersten Zusammentreten der Mitglieder des neu bestellten Aufsichtsrats. Scheidet ein Mitglied vorzeitig aus, so ist der Aufsichtsrat durch Neubestellung oder Neuentsendung zu ergänzen. Nach Ablauf der Funktionsperiode hat der Aufsichtsrat die Geschäfte so lange weiterzuführen, bis der neu bestellte Aufsichtsrat zusammentritt. Eine Wiederbestellung oder Wiederentsendung zum Mitglied des Aufsichtsrats ist zulässig.

(3) Die in Abs. 1 Z 1 und 2 angeführten Aufsichtsratsmitglieder sind vor Ablauf der Funktionsperiode vom bestellenden oder entsendenden Organ von ihrer Funktion abzuberufen, wenn

1. das Mitglied dies beantragt;
2. das Mitglied sich der Vernachlässigung seiner Pflichten schuldig macht;
3. das Mitglied zu einer ordentlichen Funktionsausübung unfähig ist.

(4) Der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats und ein/e Stellvertreter/in werden aus dem Kreis der Mitglieder gemäß Abs. 1 Z 1 von der Bundesministerin für Justiz bestellt.

(5) Außer im Fall der Beauftragung eines Mitglieds des Aufsichtsrats gemäß § 7 Abs. 6 mit der Geschäftsführung können Aufsichtsratsmitglieder nicht zugleich leitende Angestellte der Justizbetreuungsagentur sein.

(6) Die Geschäftsführung hat jede Neubestellung und Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats unverzüglich zur Eintragung in das Firmenbuch anzumelden.

(7) Der Aufsichtsrat kann aus seiner Mitte einen oder mehrere Ausschüsse bestellen. Die gemäß § 110 des Arbeitsverfassungsgesetzes vom Betriebsrat entsandten Mitglieder haben Anspruch darauf, dass in jedem Ausschuss des Aufsichtsrats mindestens ein von ihnen namhaft gemachtes Mitglied Sitz und Stimme hat; dies gilt nicht für Sitzungen und Abstimmungen, die die Beziehungen zwischen der Justizbetreuungsagentur und der Geschäftsführung betreffen.

(8) Der Aufsichtsrat gibt sich eine Geschäftsordnung, die der Genehmigung der Bundesministerin für Justiz bedarf.

(9) Die Mitglieder des Aufsichtsrats haben Anspruch auf einen dem Zeit- und Arbeitsaufwand entsprechenden Vergütung, die durch die Bundesministerin für Justiz festzulegen ist.

(10) Die im § 8 Abs. 2 für die Geschäftsführung getroffenen Anordnungen finden auch auf den Aufsichtsrat Anwendung. Sind Mitglieder des Aufsichtsrats zugleich mit der Geschäftsführung zum Ersatz eines Schadens verpflichtet, so haften sie mit dieser zur ungeteilten Hand.

Sitzungen des Aufsichtsrats

§ 15. (1) Der Aufsichtsrat hat mindestens viermal im Geschäftsjahr eine Sitzung abzuhalten. Die Sitzungen haben vierteljährlich stattzufinden.

(2) Der Aufsichtsrat wird durch die/den Vorsitzende/n schriftlich, telefonisch, mittels Telefax oder auf geeignetem elektronischem Wege unter Angabe der Zeit, des Ortes und der Tagesordnung einberufen. Die Geschäftsführung ist von der Einberufung einer Sitzung zu verständigen.

(3) Jedes Mitglied des Aufsichtsrats oder die Geschäftsführung können unter Angabe des Zwecks und der Gründe verlangen, dass die/die Vorsitzende des Aufsichtsrats diesen unverzüglich einberuft. Die Sitzung muss binnen zwei Wochen nach der Einberufung stattfinden. Wird dem Verlangen von mindestens zwei Aufsichtsratsmitgliedern oder der Geschäftsführung nicht entsprochen, so können die Antragsteller unter Mitteilung des Sachverhalts selbst den Aufsichtsrat einberufen.

(4) An den Sitzungen des Aufsichtsrats und seiner Ausschüsse dürfen nur die Geschäftsführung und die Mitglieder des Aufsichtsrats teilnehmen. Die Geschäftsführung ist zur Teilnahme an den Sitzungen berechtigt; sie ist zur Teilnahme verpflichtet, wenn der Aufsichtsrat dies verlangt. Sachverständige und Auskunftspersonen können zur Beratung über einzelne Gegenstände zugezogen werden. Den Sitzungen, die sich mit der Prüfung des Jahresabschlusses beschäftigen, ist jedenfalls der Abschlussprüfer zuzuziehen.

(5) Ein Mitglied des Aufsichtsrats kann ein anderes Mitglied schriftlich mit seiner Vertretung bei einer einzelnen Sitzung betrauen. Das vertretene Mitglied ist bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit nicht mitzuzählen. Das Recht, den Vorsitz zu führen, kann nicht übertragen werden.

(6) Der/die Vorsitzende, im Verhinderungsfall der/die Stellvertreter/in, leitet die Sitzung und bestimmt die Art der Abstimmung. Eine geheime Abstimmung ist unzulässig.

(7) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Aufsichtsrats ist eine Niederschrift anzufertigen, die der/die Vorsitzende oder der/die Stellvertreter/in zu unterzeichnen hat.

Beschlüsse des Aufsichtsrats

§ 16. (1) Der Aufsichtsrat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder unter Bekanntgabe der Tagesordnung spätestens zwei Wochen vor dem Sitzungstermin eingeladen wurden und mindestens die Hälfte der Mitglieder gemäß § 14 Abs. 1 Z 1 und 2, unter ihnen der/die Vorsitzende oder sein/seine/ihr/ihre Stellvertreter/in, anwesend ist.

(2) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des/der Vorsitzenden.

(3) In dringenden Fällen kann schriftlich, mittels Telefax oder auf geeignetem elektronischen Weg abgestimmt werden, ohne dass der Aufsichtsrat zu einer Sitzung zusammentritt (Rundlaufverfahren), wenn kein Mitglied des Aufsichtsrats innerhalb der vom/von der Vorsitzenden festzulegenden Frist von mindestens drei Arbeitstagen nach Versendung der Unterlagen widerspricht.

(4) Im Rundlaufverfahren kommt ein Beschluss zustande, wenn alle Mitglieder des Aufsichtsrats zur Stimmabgabe eingeladen wurden und innerhalb der vom/von der Vorsitzenden bestimmten Frist mindestens die Hälfte der Mitglieder, darunter der/die Vorsitzende oder der/die Stellvertreter/in ihre Stimme abgegeben haben. Die Vertretung durch andere Mitglieder des Aufsichtsrats ist im Rundlaufverfahren nicht zulässig.

Aufgaben und Befugnisse des Aufsichtsrats

§ 17. (1) Der Aufsichtsrat hat die Geschäftsführung zu überwachen. Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind der Justizbetreuungsagentur gegenüber verpflichtet, bei ihrer Tätigkeit die Sorgfalt eines ordentlichen Unternehmers anzuwenden. Die Weisungs- und Aufsichtsbefugnisse der Bundesministerin für Justiz bleiben unberührt.

(2) Der Aufsichtsrat kann von der Geschäftsführung jederzeit einen Bericht über die Angelegenheiten der Justizbetreuungsagentur verlangen. Auch ein einzelnes Mitglied kann einen Bericht, jedoch nur an den Aufsichtsrat als solchen, verlangen; lehnt die Geschäftsführung die Berichterstattung ab, so kann der Bericht nur dann verlangt werden, wenn mindestens zwei Aufsichtsratsmitglieder das Verlangen unterstützen. Der/die Vorsitzende des Aufsichtsrats kann einen Bericht auch ohne Unterstützung eines anderen Mitglieds verlangen.

(3) Der Aufsichtsrat kann die Bücher und Schriften der Justizbetreuungsagentur sowie die Vermögensgegenstände, namentlich die Anstaltskasse und die Bestände an Wertpapieren, einsehen und prüfen, er kann damit auch einzelne Mitglieder oder für bestimmte Aufgaben besondere Sachverständige beauftragen.

(4) Der Aufsichtsrat hat die Bundesministerin für Justiz unverzüglich und schriftlich zu informieren, wenn das Wohl der Justizbetreuungsagentur es erfordert.

(5) Dem Aufsichtsrat obliegen insbesondere folgende Aufgaben:

1. Prüfung des von der Geschäftsführung erstellten Geschäftsführungskonzepts und Jahresbudgets sowie Empfehlung bezüglich deren Genehmigung an die Bundesministerin für Justiz;
2. Prüfung der Kalkulation der Entgelte für Leistungen gemäß § 2 Abs. 1;
3. Erstattung von Vorschlägen an die Bundesministerin für Justiz zur Bestellung des Abschlussprüfers des Jahresabschlusses;
4. Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes der Justizbetreuungsagentur und Berichterstattung darüber an die Bundesministerin für Justiz;
5. Erstattung eines Vorschlags an die Bundesministerin für Justiz zur Feststellung des Bilanzgewinns oder -verlustes und zur Entlastung der Geschäftsführung;
6. Erstattung eines Vorschlags an die Bundesministerin für Justiz über die Verwendung des Bilanzgewinns;
7. Entgegennahme von Jahres-, Quartals- und Sonderberichten der Justizbetreuungsagentur;
8. Genehmigung von Betriebsvereinbarungen der Justizbetreuungsagentur;
9. Genehmigung einer Geschäftsordnung für die Geschäftsführung, in der neben den Erfordernissen gemäß § 8 Abs. 4 insbesondere Betragsgrenzen für Investitionen, die Gewährung von Darlehen, die Aufnahme von Krediten und der Abschluss von Dienst- und sonstigen Verträgen festzulegen sind, ab denen die Zustimmung des Aufsichtsrats einzuholen ist;
10. Zustimmung zur Erteilung von Prokura durch die Geschäftsführung;
11. Beschlussfassung mit zwei Drittel-Mehrheit über die Antragstellung an die Bundesministerin für Justiz zur Abberufung der Geschäftsführung;
12. Genehmigung des Erwerbs und der Veräußerung von Beteiligungen, Unternehmen und Betrieben sowie sonstigem Finanzanlagevermögen;
13. Genehmigung der Gewährung von Erfolgsprämien für die Geschäftsführung und Genehmigung der Gewährung von Erfolgsprämien und Pensionszusagen an leitende Angestellte;
14. Beschlussfassung über die Antragstellung an die Bundesministerin für Justiz auf Genehmigung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats;
15. Vertretung der Justizbetreuungsagentur beim Abschluss von Rechtsgeschäften mit der Geschäftsführung;
16. Vertretung der Justizbetreuungsagentur in Rechtsstreitigkeiten mit der Geschäftsführung.

(6) Im Bericht des Aufsichtsrats gemäß Abs. 5 Z 3 an die Bundesministerin für Justiz ist mitzuteilen, in welcher Art und in welchem Umfang er die Geschäftsführung der Justizbetreuungsagentur während des Geschäftsjahres geprüft hat, und ob diese Prüfungen oder die Abschlussprüfung zu wesentlichen Beanstandungen Anlass gegeben haben.

(7) Die Mitglieder des Aufsichtsrats gemäß § 14 Abs. 1 Z 1 sind gegenüber der Bundesministerin für Justiz zur Auskunftserteilung über die Beschlüsse des Aufsichtsrats verpflichtet.

5. Abschnitt

Aufsichtsrecht des Bundes

§ 18. (1) Die Justizbetreuungsagentur unterliegt der Aufsicht durch die Bundesministerin für Justiz. Die Bundesministerin für Justiz kann der Geschäftsführung Weisungen erteilen.

(2) Die Bundesministerin für Justiz ist berechtigt, zur wirtschaftlichen Aufsicht Überprüfungen vorzunehmen und die von ihr angeforderten Unterlagen einzusehen. Die Justizbetreuungsagentur ist verpflichtet, in diesem Zusammenhang alle zweckdienlichen Auskünfte zu erteilen, Geschäftsstücke und Unterlagen über die von der Bundesministerin für Justiz bezeichneten Gegenstände vorzulegen, die von dieser angeordneten Erhebungen anzustellen und Überprüfungen in der Justizbetreuungsagentur vornehmen zu lassen.

(3) Der Bundesministerin für Justiz obliegen:

1. die Feststellung des Jahresabschlusses;
2. die Entlastung der Geschäftsführung sowie des Aufsichtsrats;
3. die Genehmigung der Geschäftsordnung des Aufsichtsrats;
4. die Bestellung des Abschlussprüfers des Jahresabschlusses;
4. die Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinns oder -verlustes;
5. die Genehmigung des Geschäftsführungskonzeptes und des Jahresbudgets.

Anwendung des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes

§ 19. Auf die Arbeitnehmer/innen der Justizbetreuungsagentur sowie die Bewerber/innen um Aufnahme in ein Arbeitsverhältnis zur Justizbetreuungsagentur ist das Bundes-Gleichbehandlungsgesetz, BGBl. Nr. 100/1993, mit Ausnahme des vierten, fünften und sechsten Abschnittes des dritten Teiles und des § 41 und § 50 mit der Maßgabe anzuwenden, dass die Justizbetreuungsagentur als Dienststelle und als Zentralstelle gilt.

6. Abschnitt

Sonstige Regelungen

Abgabenbefreiung

§ 20. (1) Die Justizbetreuungsagentur ist ein Hoheitsbetrieb im Sinn des § 2 Abs. 5 des Körperschaftsteuergesetzes 1988, BGBl. Nr. 401. Alle dem Bund auf Grund bundesgesetzlicher Bestimmungen eingeräumten abgaben- und gebührenrechtlichen Begünstigungen finden auch auf die Justizbetreuungsagentur Anwendung, soweit sie in Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 2 Abs. 1 und 5 tätig wird. Die Justizbetreuungsagentur ist von Verwaltungsabgaben befreit.

(2) Die im Verfahren nach diesem Bundesgesetz erforderlichen Eingaben und Vollmachten sind von Stempelgebühren befreit.

Befreiung von der Kommunalsteuer

§ 21. Die Justizbetreuungsagentur ist eine gemeinnützige Körperschaft im Sinn des § 8 Z 2 des Kommunalsteuergesetzes 1993, BGBl. Nr. 819.

Erbringung von Leistungen für die Justizbetreuungsagentur

§ 22. Die Justizbetreuungsagentur ist berechtigt, sich von der Finanzprokurator gemäß Prokuratorgesetz, StGBI. Nr. 172/1945, gegen Entgelt rechtlich beraten und vertreten zu lassen.

Personalvertretung

§ 23. Von der Justizbetreuungsagentur an den Bund überlassene Arbeitnehmer/innen gelten als Bedienstete im Sinn des § 1 Abs. 2 Bundes-Personalvertretungsgesetz, BGBl. Nr. 133/1967, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, in denen Arbeitgeberfunktionen auf den Bund übergegangen sind.

Verschwiegenheitspflicht

§ 24. Die von der Justizbetreuungsagentur zur Erfüllung ihrer Aufgaben gemäß § 2 eingesetzten Personen sind über alle ihnen aus ihrer dienstlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen einschließlich automationsunterstützt verarbeiteter Daten im Sinne des Datenschutzgesetzes 2000, BGBl. I Nr. 165/1999, gegenüber jedermann zur Verschwiegenheit verpflichtet. Diese Verschwiegenheitsverpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses dieser Personen mit der Justizbetreuungsagentur.

Kontrolle durch den Rechnungshof

§ 25. Die Justizbetreuungsagentur unterliegt der Kontrolle durch den Rechnungshof.

7. Abschnitt

Schlussbestimmungen

Vorbereitende Maßnahmen

§ 26. Von dem der Kundmachung dieses Bundesgesetzes folgenden Tag an sind, soweit nicht bereits erfolgt, alle Maßnahmen zu setzen, die für die Wahrnehmung der Aufgaben der Justizbetreuungsagentur nach diesem Bundesgesetz erforderlich sind. Weiters ist die Bestellung der Geschäftsführung sowie der Mitglieder des Aufsichtsrats so vorzunehmen, dass diese rechtzeitig ihre Tätigkeit aufnehmen können.

Verweisungen auf andere Rechtsvorschriften

§ 27. Soweit in diesem Bundesgesetz auf andere Bundesgesetze verwiesen wird, bezieht sich dieser Verweis auf die jeweils geltende Fassung.

Personenbezogene Bezeichnungen

§ 28. Die in diesem Bundesgesetz verwendeten personenbezogenen Ausdrücke betreffen, soweit dies inhaltlich in Betracht kommt, Frauen und Männer gleichermaßen.

In-Kraft-Treten

§ 29. Dieses Bundesgesetz tritt mit xx.xx.2008 in Kraft.

Vollziehung

§ 30. Mit der Vollziehung dieses Bundesgesetzes ist die Bundesministerin für Justiz betraut.

Vorblatt

Problem:

Der Maßnahmenvollzug in justizeigenen Einrichtungen ist wesentlich kostengünstiger als in öffentlichen Krankenanstalten/Psychiatrien. Dem Ausbau der justizeigenen Einrichtungen stand bisher entgegen, dass zusätzliche Planstellen für den Betreuungsbereich nicht bewilligt wurden und dass es aufgrund der Bestimmungen des Allgemeinen Teils des Stellenplans ausgeschlossen war, Fremdpersonal in Justizanstalten einzusetzen.

Ziel:

Durch die Errichtung einer Betreuungsagentur sollen eine kostengünstige, qualitätsvolle und differenzierte Betreuung im Straf- und Maßnahmenvollzug sichergestellt, die Kosten und Ausgaben für den Maßnahmenvollzug durch Einsparungen infolge der Verlagerung von in öffentlichen Psychiatrien Untergebrachten in justizeigene Anstalten verringert und ausreichend qualifiziertes und kostengünstiges Fremdpersonal im Betreuungsbereich des Straf- und Maßnahmenvollzugs zur Verfügung gestellt werden.

Inhalt:

Der vorliegende Gesetzesentwurf sieht nach dem Vorbild des Buchhaltungsagenturgesetzes die Errichtung einer Justizbetreuungsagentur in Form einer Anstalt öffentlichen Rechts vor.

Alternativen:

In der Vorbereitung des Projektes wurden bei Auswahl der optimalen Organisations- und Rechtsform die Errichtung eines justizeigenen Rechtsträgers in der Rechtsform einer GmbH oder in der Rechtsform einer Anstalt öffentlichen Rechts, die Fremdvergabe der Betreuungsleistungen über eine Rahmenvereinbarung oder durch eine Verbesserung des Status quo, sowie Public Private Partnership Kooperations- bzw. Betriebsführungsmodelle geprüft. Diese Evaluierung hat ergeben, dass der Errichtung eines justizeigenen Rechtsträgers der Vorzug zu geben ist.

Auswirkungen auf die Beschäftigung und den Wirtschaftsstandort Österreich:

Keine.

Finanzielle Auswirkungen:

Für in öffentlichen psychiatrischen Krankenhäusern untergebrachte geistig abnorme Rechtsbrecher gemäß § 21 Abs. 1 StGB entstehen dem Justizressort derzeit Ausgaben von durchschnittlich rund 400 € pro Person und Tag. Die Betreuung in der Justizanstalt Göllersdorf kostet dagegen (bei Vollkostenberechnung) durchschnittlich nur knapp 200 € pro Person und Tag. Wenn eine weitere Sonderanstalt für geistig abnorme Rechtsbrecher zur Verfügung steht und durch die Justizbetreuungsagentur mit medizinischem, therapeutischem und Pflegepersonal versorgt werden kann, ergibt sich ein Einsparungspotential im Jahr 2009 von bis zu 5,2 Mio. €. Ab dem Jahr 2010 würde die Kostenersparnis 8,1 Mio. € pro Jahr betragen. Dieser Kostensenkung steht ein Investitionsbedarf in Höhe von insgesamt rund 12 Mio. €, verteilt auf die Jahre 2008 bis 2010, für die Errichtung und bauliche Ausstattung einer solchen Sonderanstalt gegenüber.

Verhältnis zu Rechtsvorschriften der Europäischen Union.

Die vorgesehenen Regelungen stehen im Einklang mit einschlägigen EU-Verordnungen und -Richtlinien.

Besonderheiten des Normsetzungsverfahrens:

Keine.

Erläuterungen

Allgemeiner Teil

Hauptgesichtspunkte des Entwurfs

Der Maßnahmenvollzug in justizeigenen Einrichtungen hat sich als wesentlich kostengünstiger erwiesen als der Vollzug in öffentlichen psychiatrischen Krankenanstalten. Durch eine Verlegung von derzeit noch in öffentlichen psychiatrischen Krankenhäusern untergebrachten Strafgefangenen in justizeigene Anstalten kann daher ein enormes Einsparungspotential lukriert werden.

Mit dem Entwurf soll eine Justizbetreuungsagentur mit dem Ziel geschaffen werden, eine kostengünstige, qualitätsvolle und differenzierte Betreuung der Strafgefangenen im Straf- und Maßnahmenvollzug sicherzustellen. Das Leistungsspektrum der Justizbetreuungsagentur soll die medizinische Versorgung [(Fach-) ÄrztInnen, Pflegepersonal und sonstige medizinische Fachdienste], die Psychotherapie, die soziale Betreuung (mit Schwerpunkt Vorbereitung auf die Entlassung, Behebung von Defiziten in der Ausbildung und im Bereich der Persönlichkeitsbildung sowie im individuellen materiellen Bereich), die psychologische Betreuung (Krisenintervention, Erstellung von Gutachten, Förderprogramme, Therapiemanagement, etc.),

arbeitstherapeutische Maßnahmen (zB Ergotherapie), die Beratung des Justizressorts in Fragen des Betreuungsmanagements und der Rückfallsprophylaxe umfassen. Die Leitung und der Exekutivdienst in den Justizanstalten bleibt weiterhin Bundesbediensteten vorbehalten.

Derzeit gibt es 28 Justizanstalten und 13 Außenstellen. Für den Maßnahmenvollzug gibt es die Justizanstalt Göllersdorf für zurechnungsunfähige geistig abnorme Rechtsbrecher (§ 21 Abs. 1 StGB) und die Justizanstalt Wien-Mittersteig für zurechnungsfähige geistig abnorme Rechtsbrecher (§ 21 Abs. 2 StGB).

Die Justizbetreuungsagentur soll Justizanstalten, in einem ersten Schritt primär die zu errichtende Außenstelle Maßnahmenvollzug Asten und die neu zu errichtende Justizanstalt in Wien Baumgasse, versorgen.

Das vorgeschlagene Justizbetreuungsagenturgesetz (JBA-G) orientiert sich weitgehend an den Bestimmungen des Buchhaltungsagenturgesetzes, das seinerseits auf dem Bundesstatistikgesetz 2000 und dem Bundesmuseengesetz aufbaut.

Die zu errichtende Justizbetreuungsagentur soll nicht gewinnorientiert sein und schlanke und kosteneffiziente Verwaltungs- und Managementstrukturen haben. Auftraggeber der Justizbetreuungsagentur sollen das Bundesministerium für Justiz sowie die Vollzugsdirektion sein, die die benötigten Leistungen auf Basis der Vorgaben des Bundesministeriums für Justiz „abrufen“ können sollen. Die Details zur Verrechnung, die als verursachungsgerechte Verrechnung auf Basis der erbrachten Leistungen (Stundensatz je Betreuungsleistung) vorgenommen werden soll, sollen in einer von der Bundesministerin für Justiz mit der Justizbetreuungsagentur abzuschließenden Rahmenvereinbarung geregelt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Das Anstaltskapital wird mit 35.000 € festgelegt, es soll zur Gänze bar einbezahlt werden. Daneben ist noch die Finanzierung der Kosten für das Geschäftsjahr 2008 erforderlich, dafür ist mit bis zu 320.000 € zu rechnen. Diese Vorlaufkosten setzen sich aus den geplanten zahlungswirksamen Aufwendungen der Gesellschaft im Jahr 2008 von ca. 190.000 € und den Investitionen in Geschäftsausstattung und in die Arbeitsplätze von ca. 122.000 € zusammen. Diese Vorlaufzeit ist erforderlich, um die Personalrekrutierung zeitgerecht vornehmen und damit den Betrieb der Justizanstalt Asten ab 1.1.2009 sichern zu können.

Im Jahr 2006 wurden für die Betreuung von Untergebrachten in psychiatrischen Krankenhäusern ca. 31 Mio. € ausgegeben. Zudem kaufte das Justizressort zentral und dezentral Betreuungsleistungen (PsychiaterInnen, FachärztInnen, SozialarbeiterInnen, KrankenpflegerInnen, TherapeutInnen, PsychologInnen etc.) zu. Es bestanden ca. 270 Einzelverträge. Für gemäß § 21 Abs. 1 StGB in den psychiatrischen Krankenhäusern untergebrachte Personen belaufen sich die Kosten auf durchschnittlich ca. 400 € je Hafttag. Hingegen entstehen dem Justizressort in der Justizanstalt Göllersdorf, in der der Maßnahmenvollzug justizintern durchgeführt werden kann, nur Kosten in Höhe von ca. 200 € (Vollkostenberechnung) pro untergebrachter Person und Tag.

Voraussetzung für eine Kostensenkung sind die Errichtung und der Betrieb einer (weiteren) justizeigenen Sonderanstalt für Untergebrachte gemäß § 21 Abs. 1 StGB für 60 Insassen im Jahr 2009 und für 90 Insassen im Vollbetrieb ab 2010. Bis zum Inkrafttreten des BFG 2007 war dies wegen Personalmangels nicht möglich, weil das Justizressort nicht über genügend Planstellen verfügte. Nun ist eine Ausweitung des Zukaufs von Betreuungsleistungen ohne Planstellenbindung zulässig. Die Justizbetreuungsagentur gewährleistet eine effiziente und qualitätsvolle zentrale Abwicklung dieses Zukaufs.

Die Berechnungen zum Einsparungspotential ergeben eine Kostenersparnis im Jahr 2009 von bis zu 5,2 Mio. €. Im Jahr 2010 würde die Kostenersparnis auf 8,1 Mio. € pro Jahr ansteigen.

Zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen für die erforderliche Sonderanstalt ist die Errichtung einer Außenstelle der Justizanstalt Linz auf der bundeseigenen Liegenschaft der bestehenden Außenstelle Asten geplant. Hiefür ist eine Investition von rund 12 Mio. € erforderlich, wobei diese Ausgaben auf die Jahre 2008 bis 2010 verteilt werden können. Dadurch entstehen – unter der Annahme einer gleichbleibenden Anzahl an Untergebrachten gemäß § 21 Abs. 1 StGB – im Jahr 2008 Mehrausgaben von rund 2 Mio. €, im Jahr 2009 stehen einander die Mehrausgaben und die Ausgabenersparnis in gleicher Höhe gegenüber, im Jahr 2010 sind bereits Minderausgaben von 3,3 Mio. €, ab dem Jahr 2011 Minderausgaben von jährlich 8,1 Mio. € zu erwarten. Die jährliche budgetäre Einsparung ist somit nur dann zu erreichen, wenn die Anzahl der Untergebrachten nicht (weiter) ansteigt. Jedenfalls verbleibt aber eine Ersparnis von etwa 200 € pro Tag für bis zu 90 Untergebrachte im Vergleich zur Unterbringung aller nicht in der Justizanstalt Göllersdorf befindlichen Untergebrachten gemäß § 21 Abs. 1 StGB in öffentlichen psychiatrischen Krankenhäusern.

Kompetenzgrundlage:

Die Kompetenz des Bundes zur Gesetzgebung gründet sich auf Art. 10 Abs. 1 Z 6 („Strafrechtswesen“, „Justizpflege“, „Einrichtungen zum Schutz der Gesellschaft gegen verbrecherische oder sonstige gefährliche Personen“) und auf Art. 10 Abs. 1 Z 16 („Einrichtung der Bundesbehörden und sonstigen Bundesämter; Dienstrecht und Personalvertretungsrecht der Bundesbediensteten“) des Bundes-Verfassungsgesetzes.

Erläuterungen

Besonderer Teil

Zu § 1:

Durch Abs. 1 wird die Justizbetreuungsagentur als Anstalt öffentlichen Rechts ähnlich wie die Buchhaltungsagentur des Bundes (siehe Buchhaltungsagenturgesetz - BHAG-G, BGBl. I Nr. 37/2004) eingerichtet. In dieser Bestimmung ist der Zweck der Justizbetreuungsagentur im Grundsatz festgelegt. Sie soll als Leitbestimmung für die Justizbetreuungsagentur gelten.

Das Bundesministerium für Justiz hat eine Analyse der in Frage kommenden Gesellschaftsformen zur Gründung einer Justizbetreuungsagentur durchgeführt. Durch diese Evaluierung von mehreren Organisationsformen konnte die Wahl schließlich auf die Rechtsformen GmbH oder Anstalt öffentlichen Rechts eingeengt werden. Im Rahmen einer detaillierten Bewertung dieser beiden Rechtsformen fiel die Entscheidung zu Gunsten der Anstalt öffentlichen Rechts, zumal der Schwerpunkt der Tätigkeit der Justizbetreuungsagentur in der Unterstützung der Justiz liegt.

Nach dem Standortkonzept soll die Justizbetreuungsagentur ihren Sitz in Wien haben, jedoch die Möglichkeit der Errichtung von Außenstellen bei Bedarf bestehen.

Die Justizbetreuungsagentur soll aus Gründen der Transparenz in das Firmenbuch eingetragen werden. Sie ist nicht auf Gewinn ausgerichtet.

Zu § 2:

In dieser Bestimmung sind die Aufgaben der Justizbetreuungsagentur geregelt und umschrieben. In Abs. 1, mit näherer Umschreibung in Abs. 2, wird die Versorgung der Justizanstalten mit Betreuungspersonal als Kernaufgabe der Justizbetreuungsagentur festgelegt.

Abs. 3 regelt, dass die Leitung und der Exekutivdienst der Justizanstalten weiterhin von Beamten und Vertragsbediensteten des Bundes wahrgenommen werden muss.

Abs. 4 legt die für die Kernaufgaben der Justizbetreuungsagentur geltende Betriebspflicht fest. Zur näheren Umschreibung der Art und Weise der Erfüllung der der Justizbetreuungsagentur übertragenen Aufgabe durch diese ist vorgesehen, dass die Bundesministerin für Justiz mit der Justizbetreuungsagentur eine Rahmenvereinbarung abschließt, in welcher auch das für die Leistungen zu erbringende Entgelt festgelegt werden wird.

Abs. 5 ermächtigt die Justizbetreuungsagentur zur vertraglichen Übernahme von über die Kernaufgabe hinausgehenden Aufgaben. Diese Generalklausel für die Übernahme von Zusatzaufgaben enthält jedoch drei Voraussetzungen, die alle erfüllt werden müssen: Es muss eine Vereinbarung abgeschlossen werden, die weiteren Aufgaben müssen mit Aufgaben des Strafvollzugs im Zusammenhang stehen und die Erbringung der Kernaufgabe darf nicht durch Übernahme von Zusatzaufgaben gefährdet werden. Weitere Aufgaben, die für das Bundesministerium für Justiz erbracht werden könnten, sind beispielsweise die Beratung des Bundesministeriums für Justiz in Fragen des Betreuungsmanagements und der Rückfallprophylaxe.

Abs. 6 eröffnet der Justizbetreuungsagentur weitere Maßnahmen und Geschäfte, die zur Erreichung des Anstaltszweckes notwendig und nützlich erscheinen. Auch hier ist Voraussetzung, dass die rechtzeitige und ordnungsgemäße Wahrnehmung der Kernaufgaben nicht gefährdet werden darf.

Die Tätigkeiten der Justizbetreuungsagentur unterliegen nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung. § 35 Abs. 2 Z 1 Gesundheits- und Krankenpflegegesetz, wonach eine Berufsausübung im gehobenen Dienst für Gesundheits- und Krankenpflege im Weg der Arbeitskräfteüberlassung nur unter der Voraussetzung zulässig ist, dass nicht mehr als 15 % des Pflegepersonals durch Arbeitskräfteüberlassung rekrutiert werden, ist ebenso nicht anzuwenden.

Abs. 8 legt der Justizbetreuungsagentur die Verpflichtung auf, für die erforderliche Ausbildung des von ihr eingesetzten Personals zu sorgen, wobei sie zu diesem Zwecke Veranstaltungen der Strafvollzugsakademie in Anspruch nehmen kann.

Zu § 3:

Für die Leistungen der Justizbetreuungsagentur ist ein Entgelt zu entrichten. Das konkrete Entgelt ist nach den Vorgaben in der von der Bundesministerin für Justiz mit der Justizbetreuungsagentur gemäß § 2 Abs. 4 abzuschließenden Rahmenvereinbarung zu ermitteln.

Bei Gründung der Anstalt leistet der Bund ein Anstaltskapital in Form einer Bareinlage in Höhe von 35.000 €. Im Hinblick auf die mit der Gründung der Justizbetreuungsagentur zu erwartenden Aufwendungen und Investitionen finanziert und ersetzt das Bundesministerium für Justiz der Justizbetreuungsagentur einmalige Gründungs- und Vorlaufkosten von bis zu 320.000 €. Darin ist die Finanzierung der Kosten für das Geschäftsjahr 2008 enthalten. Diese errechneten Vorlaufkosten setzen sich aus den geplanten zahlungswirksamen Aufwendungen der Gesellschaft im Jahr 2008 von zirka 190.000 € und den Investitionen in Geschäftsausstattung und in die Arbeitsplätze von zirka 122.000 € zusammen; dies unter Berücksichtigung allfälliger

außerplanmäßiger Kostensteigerungen im Vergleich zur Planung. Die entsprechende Vorlaufzeit ist erforderlich, damit die Justizbetreuungsagentur ausreichend Zeit für die Personalrekrutierung zur Verfügung hat.

Abs. 3 verbietet eine Finanzierung der Aufgaben gemäß § 2 Abs. 5 durch Mittel aus den Aufgaben gemäß § 2 Abs. 1.

Abs. 4 ermächtigt die Bundesministerin für Justiz, sonstiges Zubehör und damit zusammenhängende Forderungen und Verbindlichkeiten in die Anstalt einzubringen, soweit dies für den Betrieb und eine angemessene Kapitalausstattung der Anstalt erforderlich ist.

Zu § 4:

In dieser Bestimmung werden die Grundsätze der Aufgabenerfüllung der Justizbetreuungsagentur festgelegt. Die Justizbetreuungsagentur ist bei Erfüllung ihrer Aufgaben verpflichtet, in den vorgesehenen Fachgebieten der Sozialarbeit, Psychiatrie, Psychotherapie, Psychologie, Pädagogik, Medizin und Pflege nach anerkannten Methoden vorzugehen. Im Rahmen ihrer Aufgabenerfüllung ist sie verpflichtet, die Justizanstalten bei Erreichung der Vollzugszwecke nach dem Strafvollzugsgesetz und in Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in den Justizanstalten bestmöglich zu unterstützen.

Zu § 5:

§ 5 trifft übliche Regelungen zur Amts- bzw. Organhaftung nach dem Vorbild des § 5 BHAG-G. Da die Rechtsbeziehung zwischen dem Bund und der Justizbetreuungsagentur keine arbeitsrechtliche ist, sollen über Rechtsstreitigkeiten aus der Organhaftpflicht zwischen diesen Rechtsträgern nicht die Arbeits- und Sozialgerichte, sondern die Zivilgerichte entscheiden.

Zu § 6:

§ 6 nennt die Organe der Justizbetreuungsagentur. Diese sind die Geschäftsführung und der Aufsichtsrat.

Zu § 7:

Die Justizbetreuungsagentur wird von einem/r Geschäftsführer/in geleitet. Die Regelungen zu Bestellung, Abberufung und Rücktritt der Geschäftsführung orientieren sich an § 7 BAAG-G. Wichtige Gründe, die zum Widerruf der Bestellung des/r Geschäftsführers/erin berechtigen, wären etwa die Nichtbefolgung einer Weisung, sonstiges pflichtwidriges Verhalten oder auch der Verlust der körperlichen oder geistigen Eignung. Die näheren Aufgaben und Pflichten der Geschäftsführung sind in einer vom Aufsichtsrat zu genehmigenden Geschäftsordnung zu regeln, in der insbesondere Vorkehrungen für den Fall der Verhinderung der Geschäftsführung zu treffen sind.

Zu § 8:

§ 8 definiert die Aufgaben der Geschäftsführung. Zu diesen zählen die Leitung der Justizbetreuungsagentur, die Verpflichtung zur Führung eines Rechnungswesens und internen Kontrollsystems nach den Anforderungen der Justizbetreuungsagentur, die Ausarbeitung einer vom Aufsichtsrat zu genehmigenden Geschäftsordnung und die Erstellung eines Geschäftsführungskonzeptes, das insbesondere einen Investitionsplan und die ersten beiden Jahresbudgets zu enthalten hat.

Zu § 9:

§ 9 verpflichtet den Geschäftsführer, jährlich bis Ende Oktober für das nächste Kalenderjahr das Jahresbudget nach Prüfung durch den Aufsichtsrat der Bundesministerin für Justiz zur Genehmigung vorzulegen.

Zu § 10:

Diese Bestimmung verpflichtet die Geschäftsführung der Justizbetreuungsagentur zur Erstattung eines Jahresberichtes sowie von Quartalsberichten an den Aufsichtsrat. Bei wichtigem Anlass ist sie verpflichtet, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats unverzüglich zu berichten. Ebenso unverzüglich hat sie über Umstände, die für die Liquidität der Justizbetreuungsagentur von erheblicher Bedeutung sind, Sonderbericht zu erstatten.

Zu § 11:

§ 11 legt der Geschäftsführung die Verpflichtung auf, für die Einrichtung eines Planungs- und Berichtssystems zu sorgen, das die Erfüllung seiner Berichterstattungspflicht nach den gesetzlichen Vorschriften und den Vorgaben der Bundesministerin für Justiz hinsichtlich der Durchführung eines Beteiligungs- und Finanzcontrollings gewährleistet.

Zu § 12:

§ 12 regelt die Vertretung der Justizbetreuungsagentur durch den/die Geschäftsführer/in nach dem Vorbild des § 12 BHAG-G. Diese/r kann mit Zustimmung des Aufsichtsrates geeignete Bedienstete für bestimmte Angelegenheiten gemäß § 54 UGB bevollmächtigen.

Abs. 4 regelt die Eintragung von Änderungen in der Person des Geschäftsführers zum Firmenbuch.

Zu § 13:

Für die Justizbetreuungsagentur ist nach den §§ 189 bis 243 UGB ein Jahresabschluss zu erstellen und dem Aufsichtsrat – nach Prüfung durch den Abschlussprüfer – zur Prüfung vorzulegen. Der Jahresabschluss ist von

der Bundesministerin für Justiz festzustellen, in den Bundesrechnungsabschluss aufzunehmen und beim Firmenbuch einzureichen.

Zu den §§ 14 bis 17:

Die Kontrolle über die Geschäftsführung kommt dem Aufsichtsrat zu. Die Kompetenzen dieses Aufsichtsrates entsprechen denen eines Aufsichtsrates einer Kapitalgesellschaft.

Wird ein Mitglied des Aufsichtsrates im Rahmen seiner Dienstpflicht als solches tätig, haftet es nach dem Dienstnehmerhaftpflichtgesetz.

Gründe, die eine Informationspflicht des Aufsichtsrats gegenüber der Bundesministerin für Justiz auslösen, wären etwa für die Agentur nachteilige Handlungen durch die Geschäftsführung oder Umstände in der Gebarung der Agentur, die erhöhten Handlungsbedarf nach sich ziehen.

Zu § 18:

Diese Bestimmung regelt die Aufsichtsbefugnis des Bundes über die Führung der Geschäfte der Justizbetreuungsagentur, ausgeübt von der Bundesministerin für Justiz. Sie übernimmt die Funktion eines „Eigentümerversetzers“ wie bei einer GmbH. Dabei besteht eine Bindung der Geschäftsführung an die Weisungen der Bundesministerin für Justiz.

Zu § 19:

Diese Bestimmung regelt die Anwendung des Bundesgleichbehandlungsgesetzes mit Ausnahme des vierten, fünften und sechsten Abschnittes des dritten Teiles und der §§ 41 und 50.

Zu § 20:

Diese Bestimmung regelt die Abgabenbefreiung der Justizbetreuungsagentur, nicht allerdings ihre Befreiung von den Gerichtsgebühren.

Zu § 21:

Mit dieser Bestimmung wird die Justizbetreuungsagentur von der Kommunalsteuer befreit.

Zu § 22:

Diese Bestimmung erlaubt der Justizbetreuungsagentur, sich von der Finanzprokuratur gemäß Prokuraturgesetz gegen Entgelt rechtlich beraten und vertreten zu lassen.

Zu § 23:

Leiharbeitskräfte gehören betriebsverfassungsrechtlich der Belegschaft des Verleiherbetriebs an, in diesem Fall der Justizbetreuungsagentur. Da durch die Arbeitskräfteüberlassung einige Arbeitgeberfunktionen auf den Entleiher (Beschäftigter) übergehen – so ordnet etwa § 6 AÜG an, dass der Beschäftigter für die Dauer der Überlassung als Arbeitgeber im Sinn der Arbeitnehmerschutzvorschriften gilt und diesem auch die Fürsorgepflichten des Arbeitgebers obliegen – ginge das Mitbestimmungsrecht des Betriebsrates im Verleiherbetrieb teilweise ins Leere. Überlassene Arbeitskräfte haben daher nach der herrschenden Lehre und Judikatur einen gespaltenen Status: Sie gehören der Belegschaft des Verleiherbetriebs, aber auch jener des Beschäftigters an, wenn die Überlassung für längere Zeit gedacht ist (OGH 9 ObA 22/91). Für die konkrete Ausübung der Mitbestimmungsbefugnisse kommt es nach der Rechtsprechung des OGH darauf an, ob die Interessen dieser Arbeitnehmer vom Betriebsrat des Betriebs, in den sie entsandt worden sind, vertreten werden können. Bezüglich des Kündigungsschutzes nach § 105 ArbVG ist der arbeitsvertragsrechtliche Arbeitgeber Normadressat (OGH 9 ObA 63/87). Gehen neben den aufgrund des AÜG überzugehenden Arbeitgeberfunktionen auch andere Arbeitgeberfunktionen auf den Beschäftigter über, wie etwa Urlaubsgenehmigungen, Erteilung von Weisungen, Eingliederung in die Arbeitszeitregelung des Beschäftigterbetriebes, Genehmigung von Zeitausgleich für Überstunden etc., fällt die Vertretung in diesen Belangen in die Zuständigkeit der Interessenvertretung des Beschäftigterbetriebes (OGH 9 ObA 22/91).

Zu § 24:

Aufgrund besonderer Sicherheitsbedürfnisse und weil die arbeits- und schadenersatzrechtlichen Möglichkeiten als nicht ausreichend angesehen werden, werden Regelungen über die Verschwiegenheitspflicht ausdrücklich normiert.

Zu § 25:

Die Justizbetreuungsagentur unterliegt der Kontrolle durch den Rechnungshof.

Zu § 26 bis 30:

Diese abschließenden Bestimmungen enthalten Schlussbestimmungen, bei welchen es sich um Standardregelungen in Bundesgesetzen handelt.